

## Bremens „arme“ Innenstadt

Und armes Bremen, mit seinen Fürsten, die es für ihren Schlossbau weiter ausbeuten

5 Es ist Wahlkampf in Bremen. Da meldet sich jeder zu Wort, um noch mal seine Erwartungen an die Politik in Erinnerung zu bringen. So auch der Einzelhandel. Die City – Einzelhändler auch. Sie nannten das ein Manifest. Es war die alte Leier. Die öffentliche Hand solle Geld dafür ausgeben, dass sich in Bremen die Käufer anders entscheiden, als sie es tun. Laut eines Aufmacher – Artikels von Jürgen Hinrichs im Weser – Kurier (dem fast Monopolblatt in Bremen) am 19.4.2011 sind die Klagen und Forderungen folgende: *„Beklagt werden: Zu wenig Fläche, zu viele Filialen, schlechte Anbindung einzelner Lagen und die wachsende Konkurrenz in den Stadtteilen und auf der grünen Wiese.“* Da unübersehbar Geschäftsflächen leer stehen, kann das mit den mangelnden Flächen nicht so schlimm sein, bzw. brauchten die Einzelhändler sie ja nur anmieten. Konkurrenz ist die Daseinsbedingung des privaten Einzelhandels – und daher kurios, dass sie beklagt wird. Wenn die Käufer sich nach dem Geschmack der City – Einzelhändler zu häufig anders wohin orientieren, ist das die Souveränität der Konsumenten und nicht Sache einer Obrigkeit. Wenn City – Einzelhändler zu viele Kettenläden beklagen, weiß man nicht, wer spricht hier eigentlich als City – Einzelhändler? Gehören die Ketten nicht dazu. Wenn die sich ausbreiten, scheinen sie ja erfolgreich in der City um Kunden zu werben. Also, es geht doch. Was ist das Problem? Sprechen hier vielleicht die Verlierer im Konkurrenzkampf, denen nun der Staat die Rendite sichern soll? Das ist nun wirklich nicht die Aufgabe des Staates, hier der Kommune, den Unternehmen die Kunden zuzutreiben und Kundenströme zu irgendwie bevorzugten Einzelhändlern zu lenken!

Der Weser-Kurier macht daraus aber eine Kampagne: Am 19.4.2011 setzt er die Forderungen der Einzelhändler mit ihren ollen Kamellen als Aufmacher auf Seite eins, am 20.4.2011 schreibt Lars Haider einen Leitartikel und am 24.4.2011 gibt es ein großes Interview mit dem wahlkämpfenden Wirtschaftssenator Günthner von der SPD.

Lars Haider behauptet in seinem Leitartikel vom 20.4.2011 im WK: ... *„dass bis heute nichts passiert ist, um Bremen in seiner Mitte als Einkaufsort aufzuwerten“* und das auch schon seit Langem.

35 Ein Mensch vor dessen Fenster so viel passiert ist, kann entweder gerade gestern erst nach Bremen gekommen sein oder mit Scheuklappen an seinem Schreibgerät im Büro des Weser-Kuriers sitzen. Nur ein paar Beispiele aus der unmittelbaren Umgebung vom Pressehaus:

- Erweiterung und Umgestaltung der Hochgarage Langenstraße mit Einrichtung eines Lokals, das auch Weser-Kurier Mitarbeiter gerne nutzen,
- Umgestaltung und Aufwertung der Langenstraße (kaum Einzelhandelszuwachs),
- Einkaufspassage parallel zur Langenstraße im Haus des ehemaligen Fernmeldeamtes (ziemlicher Flop),

- Umgestaltung und Aufwertung der Martinistraße (kaum Einzelhandelszuwachs),
- Durchgang von der Pieperstraße zur Schlachte über das Bachmanngrundstück,

5 Aber auch sonst sind seit 30 Jahren kontinuierlich Milliarden öffentlicher Mittel in die Aufwertung der Innenstadt geflossen und gerade auch in alternative und zusätzliche Wege für Einkaufsbummel zum sogenannten „Konsum L“ Obernstraße - Sögestraße. Das geschah als öffentliche „Investition“ alles auf Kredit und hat Bremens Verschuldung entsprechend erhöht. Nur ein paar Beispiele

10

aus einer unendlichen Fülle:

- Passagen Abfolge von Lloydhof über Lloydpassage und Iversenhof zur Katarinenpassage weiter bis zum Domshof,
- Umgestaltung und Aufwertung des Domshofs und des Wochenmarktes
- Umgestaltung mit Einzelhandel in der Bischofsnadel,
- 15 • Umgestaltung der Knochenhauer- und Papenstraße mit neu gestaltetem Verkaufskiosk und eingerichteten Spielplatz zum Rundlauf,
- Überdachung Straßenzug Am Wall,
- Verlagerung von öffentlichen Institutionen mit Publikumsverkehr an zwei Enden der Altstadt: Stadtbibliothek ins Polizeihaus und Volkshochschule
- 20 ins neu errichtete Bamberger – Hochhaus,
- Ansiedlung von Radio Bremen ins Faulenviertel,
- Umgestaltung der Brillkreuzung,
- Verlegung der Straßenbahn vom Domshof in die Violinstraße,
- Künstlerische Umgestaltung der Domsheide, (und deren Zerstörung),
- 25 • Finanzierung des Bürohauses mit überhöhten Mieten durch die öffentliche Hand für 25 Jahre am Ansagikirchhof, Anmietung weiterer Räume, als das Einzelhandelskonzept nicht funktionierte,
- Öffnung des Lloydhofes hin zum Wall und zur Wallmühle, extra Übergang zu den Wallanlagen, damit auch dort Rundlauf möglich,
- 30 • Umgestaltung Hanseatenhof,
- Umgestaltung Liebfrauenkirchhof mit neuem Kiosk, Pflasterung,
- Bau vieler neuer und zusätzlich Erweiterung bestehender Parkhäuser in der Innenstadt (die fast nie voll sind),
- etc.pp.

35 Es ist in der City fast nichts geblieben wie es war. Und dennoch beklagt Lars Haider und der Einzelhandel den Zustand. Der Einzelhandel war bei allen Planungen engstens beteiligt und es ist weitgehend nach ihren Wünschen umgestaltet worden. Wenn der so erreichte Zustand dann doch nicht das gebracht hat, was der City-Einzelhandel sich erhofft hat, dann zeigt das nur, dass nicht nichts geschehen ist, sondern dass es falsch weil wirkungslos war. Also sollte die Stadt ja nicht

40 wieder versuchen, diese falschen Wünsche des Einzelhandels zu erfüllen. Das gilt insbesondere für die Verlagerung der Straßenbahn von der Obernstraße in die Martinistraße. Das ist x Mal geprüft worden. Nie ergab das ein positives Ergebnis. Wenn aber der Einzelhandel glaubt, davon so profitieren zu können, könnte er ja

45 die Finanzmittel zur Verfügung stellen. Sie werden sich hüten. Das gilt auch für die anderen Maßnahmen. Sie bringen nichts. Und das ist das, was man den Politikern und öffentlichen Planern nur vorwerfen kann: Sie sind wissend, dass es

nichts bringt, dennoch den Wünschen der klagenden Einzelhändler hinter her gelaufen.

5 Wenn Einzelhändler für seine City-Standorte glaubt, werbende Maßnahmen durch Aufwertung der Umgebung zu brauchen, dann sollen sie sie bezahlen und nicht die Öffentlichkeit. Die profitiert davon nämlich überhaupt nicht. Wenn der Einzelhandel meint, dass Granit auf den Fußwegen so viel mehr Einkaufskraft in ihre  
10 Geschäfte lenkt, dass sich das bezahlt macht, sollten sie es auch tun. Aber als die Stadt die Obernstraße mit Granit neu pflasterte, hat Karstadt – und da ging es der Kaufhauskette noch gut – seine internen Wege mit PVC Platten im Granitlook belegt. Aber wenn andere es bezahlen, kann man ja fordern was man will. Also:  
15 Der City-Einzelhandel soll nicht verzweifeln sondern bei Aufwertung ihrer Umgebung dafür bezahlen. In solchen Einkaufszentren wie der Weserpark müssen die Einzelhändler mit ihren Mieten ja auch die werbenden gestalterischen Maßnahmen tragen. Dann ist es eine Rechenaufgabe – und die City wird eben eine kommerzielle Mall. Ansonsten können sich Standortgemeinschaften von Einzelhändlern ja auch verabreden, gemeinsam werbende Maßnahmen zu finanzieren – auch wenn die zwingende Rechtsform Unwillige mit heranzuziehen gerade vor Gericht gescheitert ist. Das ist aber kein Anlass schon wieder die Gewinne zu privatisieren und die Verluste der Gemeinschaft aller Steuerzahler aufzubürden.

20 Vor Jahren gab es mal Kostenvergleiche im Weser Kurier zu lesen: Es wurden die Preise von Quadratmeter Geschäftsfläche für den Neubau von Geschäften im Textileinzelhandel in zwei unterschiedlichen Artikeln erkennbar: In der City Bremens waren es (ohne Kosten für die Umgebung) 7.500 DM/m<sup>2</sup>, bei Dodenhof 3.500 DM/m<sup>2</sup>. Schon dies zeigt, dass andere Standorte billiger anbieten können. Wieso  
25 soll die öffentliche Hand dafür sorgen, dass die Käufer die Preisvorteile nicht wahrnehmen?

Der lokale Einzelhandel bringt fast keine lokalen öffentliche Einnahmen: Die Mehrwertsteuer ist die wichtigste Einnahmequelle der öffentlichen Hände vom Einzelhandel und von Dienstleistungen. Die Mehrwertsteuer wird aber nicht nach  
30 Umsatzhöhe am Ort verteilt, sondern nach Einwohnerzahl von Bund, Land und Gemeinden. Deswegen ist es finanztechnisch für die öffentlichen Hände gleichgültig, wo ein Euro ausgegeben wird, ob in der City Bremens, in Huchting, Vegesack oder in München, Görlitz oder Pusemuckel. Die Mehrwertsteuereinnahmen kommen alle in einen großen Bundestopf und werden nach grundgesetzlich festgelegtem Verteilerschlüssel auf die Länder und Kommunen nach deren Bevölkerungszahl aufgeteilt. Die Löhne und Gehälter der meisten Angestellten im Einzelhandel  
35 sind so niedrig, dass sie mit ihren Einkommen häufig weit unter der Freigrenze des nicht zu steuernden Grundeinkommens liegen. Deswegen tragen sie zu den Steuereinnahmen über Einkommenssteuern kaum zu den öffentlichen Einnahmen bei. Insofern ist ein Hinweis, dass werbende Investitionen der öffentlichen Hände zugunsten von Einzelhandel und Gastgewerbe die Staatskassen füllen könnte das Gegenteil der Wirklichkeit. Solche Ausgaben auf Kredit sind wie ein Konsumentenkredit: Sie machen den Kreditnehmer arm – was an Bremen ja zu beweisen ist.

45 Der Hinweis im Artikel von Lars Haider auf Hannover als Vergleichsstadt ist ganz praktisch, weil Bremen schon mehrfach mit Verweis auf Hannover das Falsche getan hat. So wurde das Zentralbad am Richtweg nicht saniert sondern geschlossen und als Vergleich ein Objekt in Hannover herangezogen und damit begründet,

dass auch in Bremen einen Gourmettempel eingerichtet werde – erlesene Nahrungsmittel und Restaurants sollten dort die Umbaukosten finanzieren und einen Überschuss erwirtschaften. Es war die erste und der Ausgangspunkt einer Reihe von Pleiten an dem Standort der Innenstadt bis zum gegenwärtigen Musical-Theater, das bis heute fortwirkend das Defizit Bremens täglich vergrößert.

Es ist für die öffentlichen Einnahmen in Deutschland auch gleichgültig, wo die Umlandbewohner ihr Geld ausgeben, ob im Weserpark oder bei Dodenhof. Übrigens ist der große Renner für Einkäuferinnen aus dem Umland und von viel weiter her – auch aus Hamburg: Premark im ehemaligen Space – Park. Der Ansturm dort holt die dort versenkten hunderte Millionen öffentlicher Mittel aber auch nicht wieder rein – nicht einmal annähernd die weiterhin zu zahlenden Zinsen auf die dafür aufgenommenen Kredite.

Die Erzählung im Artikel von Lars Haider von der frustrierten Managergattin<sup>1</sup> soll wohl andeuten, dass wegen der nicht befriedigten Konsumwünsche der Managerfrauen keine Manager nach Bremen kämen und deswegen Bremens Wirtschaft sich schlecht entwickeln würde. Nein: Erstens sind „Kreative“ nach ihren Standortbedürfnissen befragt worden – vom geographischen Lehrstuhl an Bremens Universität. Es kam heraus, dass sie die Lebensqualitäten einer Stadt – insbesondere das Grün – besonders schätzen. Und andererseits krankt Bremens Wirtschaft daran, dass die Unternehmen trotz überdurchschnittlicher Gewinne im Durchschnitt kaum die Abschreibungen investieren, sondern lieber Kasse machen – siehe ehemalige Becks – Eigentümer, Fleischwarenfabrik Könnecke usw. Und deswegen gibt es kaum Firmenzentralen in Bremen und deswegen auch kaum die entsprechenden Aufstiegsmöglichkeiten bis zur Unternehmensspitze. Deswegen ist Bremen für karrierebewusste Aufsteiger eher ein Abstellgleis oder nur Durchgangstation.

Das Schlimmste an dem Leitartikel von Lars Haider und am Aufmacher des Weser Kuriers vom Vortag ist die Unwissenheit (wenn nicht Bösertigeres für eine „unabhängige“ Zeitung). Das sind die Bremer Verhältnisse, die unser Gemeinwesen in diese finanzielle Lage gebracht haben: Die Unfähigkeit zur Wahrheit und der Anspruch, es anderen – potenteren – gleich zu tun, obwohl man die Mittel dafür nicht hat.

Wahrheitswidrig behauptet Günthner im Interview, dass „Wenn man zum Beispiel von der Schlachte zum Rathaus geht, kommt man durch eine Reihe von Hinterhof-Situationen direkt im Herzen Bremens. Das sind Dinge, die so nicht sein dürfen, die auch Lagen entwerten.“ Es gibt die beiden schönen Verbindungen über die Pieperstraße und Heimlichenstraße – wofür Millionen öffentliche Mittel ausgegeben wurden, als auch über die 1. Schlachtpforte – Bredenstraße an der berühmten Martinikirche und über den neu gestalteten Bredenplatz hinweg. Die Langenstraße ist schon aufgewertet worden. Auch das gehört zu dieser bewussten Verleugnung der Wahrheit – denn es kann ja nicht sein, dass Senator Günthner das nicht weiß.

---

<sup>1</sup> Da heißt es: „Der Manager verbringt mit seiner Frau und den beiden Kindern einen Tag in Bremen, sie staunen über die vielen Grünflächen, sehen sich mehrere interessante Häuser und Wohnungen in verschiedenen Stadtteilen an, und schaffen es am Ende sogar noch, in der Innenstadt einkaufen zu gehen. Die Zeit reicht zwar nur für die Söge- und die Obernstraße, aber das ist der Frau auch erst einmal genug: "Den Rest der City schaue ich mir an, wenn wir hierher gezogen sind." Die Geschichte liegt drei Jahre zurück. Inzwischen leben der Manager und seine Familie recht zufrieden in Bremen, die Kinder sind sogar Werder-Fans geworden. Nur eine große Enttäuschung hält an: Dass es jenseits von Söge- und Obernstraße und deren kleinen Verzweigungen so wenig Einkaufsmöglichkeiten in Bremens City gibt. So schön die Familie bei ihrem damaligen Besuch die Innenstadt fand, so wenig kann sie bis heute glauben, dass es das wirklich schon gewesen sein soll.“

5 Im Interview mit dem Wirtschaftssenator Günthner weist dieser zwar die Verlegung der  
Straßenbahn in die Martinstraße als zu teuer zurück, sagt aber nicht den City - Einzel-  
händlern, dass sie ein Rad ab haben, wenn sie noch mehr öffentliche Ausgaben in den  
Luxusstandort City der pleitesten Stadt Deutschlands verlangen. Er will sogar eine neue  
10 Stelle für den öffentlichen Dienst ausschreiben.<sup>2</sup> Dabei beschäftigen sich mit der City  
und insbesondere dem Einzelhandel dort schon eine Heerschaar öffentlicher Bedienste-  
ter. Beim Bausenator gibt es nicht nur die zuständigen Planer sondern auch noch ein  
extra Referat 7-2. Beim Wirtschaftssenator gibt es auch schon ein zuständiges Referat –  
für Zentren und Handel. Und Herrn Halves von der City – Initiative ist ja auch schon da.

15 Wenn Unternehmen in Bremen einen Standort unter dem Namen „City-Center“ umkrem-  
peln wollen, wie das so einige Investment-Strategen wie z.B. die von ECE schon ver-  
schiebentlich getan haben, ist das ihre Sache und nicht die der öffentlichen Hand. Wenn  
es diesen Strategen gelingt, die entsprechenden Grundstücke und Häuser aufzukaufen,  
die entsprechenden Verträge zu ändern und ein neues städtebauliches Konzept, ein-  
20 schließlich Erschließung, Sicherheit und Denkmalschutz vorzulegen, dann ist denen das  
unbenommen. Die zuständigen Stellen werden entsprechende Bauanträge prüfen und  
dafür die entsprechenden Gebühren bezahlen. Darauf haben sie ein Anrecht. Es ist auch  
nichts Verwerfliches daran. Dass solche Einkaufszentren die Einzelhandlungsumgebung  
dann leer saugen, insbesondere wenn sie schwächelt – wie im Bereich der Hutfilterstra-  
25 ße, Wachtstraße, Ansgaritor, Lloydhof, Spitzenkiel usw. – ist der normale Gang ökonomischer  
Modernisierung. Aber weder hat die öffentliche Hand die einen zu schützen oder  
die anderen zu fördern. Und schon gar nicht der Wirtschaftssenator, der eigentlich strik-  
te Neutralität im Wettbewerb der Einzelhandelsunternehmen und der Immobilienunter-  
nehmen zu wahren hätte. Wahlkämpfer Günthner kündigt also schon an, dass er wie in  
30 einem Duodezfürstentum Privilegien verteilen und den gebotenen Sparkurs nicht mitma-  
chen will. Offensichtlich beabsichtigt er auch noch, die Doppelzuständigkeiten zum Bau-  
senator weiter zu verschlimmern. Im Gegenteil: Das Spargebot gebietet, dass nicht nur  
diese Stelle bei der Wirtschaftsförderung nicht geschaffen sondern auch die bestehen-  
den beim Bauressort gestrichen werden. Das Referat zur „Planung und Bauordnung Mit-  
35 te“ beim Bausenator reicht völlig aus.

Sollte Bremen noch mehr öffentliche Mittel in den Luxuskonsum der Innenstadt  
versenken, sollten der Bund und die Länder die vereinbarte Konsolidierungshilfe  
an Bremen nicht auszahlen. Es wäre der Beweis, dass Bremen nicht zu einer soli-  
den Haushaltspolitik zurückkehren will.

35

---

<sup>2</sup> „Wir werden bei der Wirtschaftsförderung einen City-Manager einstellen. Die Stelle wird jetzt ausgeschrieben, möglichst nach der Sommerpause soll die Einstellung erfolgen.“